

# PRESSEDIENST

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Charlottenburg-Wilmersdorf  
Otto-Suhr-Allee 100, 10707 Berlin  
Fon: 9029-14908 Fax: 9029-14914  
Email: fraktion@gruene-cw.de  
<http://www.gruene-cw.de>



---

## Große Anfrage und Anträge zur BVV am 16. Februar 2017

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dr. Vandrey/Wapler/Kaas Elias

### **Wohnungslosigkeit, Kältehilfe und Wohnungsleerstand 2016/2017**

Wir fragen das Bezirksamt:

- 1.) Wie hoch ist die Anzahl der Wohnungslosen im Bezirk 2016 und wie viele Wohnungslose haben bisher in der Saison 2016 die Kältehilfe im Bezirk genutzt?
- 2.) Welche Erfahrungen hat das Bezirksamt mit dem Streetworking im Bezirk und nutzt das Bezirksamt diese, um proaktiv auf Wohnungslose zuzugehen, die keine Unterkunft haben?
- 3.) Wie hat sich die Anzahl der Plätze für Wohnungslose in den letzten drei Jahren entwickelt, wie sind diese und das Geschützte Marktsegment ausgelastet?
- 4.) Mit welchen Maßnahmen versucht das Bezirksamt, Wohnungsleerstand zu vermeiden oder zu beseitigen?
- 5.) Wie viele Verfahren sind derzeit anhängig und mit welchem Zeitraum rechnet das Bezirksamt, dass diese Wohnungen dem Wohnungsmarkt wieder zur Verfügung stehen?

---

Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/SPD/Linke  
Dr. Vandrey / Wapler/ Wieland/ Gusy/Wuttig/Schenker

### **Satzung für Milieuschutzgebiete beschließen**

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, eine Vorlage zur Beschlussfassung vorzulegen, die es der BVV ermöglicht, eine soziale Erhaltungssatzung für die Gebiete Kaiserin- Augusta-Allee sowie Richard- Wagner- Straße zu erlassen. Die Vorlage muss die notwendige personelle Ausstattung aufzeigen.

Der BVV ist bis zum 30. April 2017 zu berichten.

Begründung:

Die Gebiete wurden umfassend untersucht und der Erlass einer Milieuschutzsatzungen als Maßnahme zum sozialen Erhalt als sinnvoll angesehen. Das Bezirksamt soll nun die personellen Ressourcen bereitstellen und eine soziale Erhaltungssatzung erlassen. Damit sollen Luxussanierungen ausgeschlossen werden, Verdrängungen und Mietsteigerungen zu verhindern und preiswerten Wohnraum zu erhalten.

---

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Vandrey/Wapler

### **Schulkinder aus der Flüchtlingsunterkunft Fehrbelliner Platz**

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das BA wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass die Kinder in der Flüchtlingsunterkunft Fehrbelliner Platz das Schuljahr in der Schule, die sie jetzt besuchen, beenden können. Hierbei sollte auch geprüft werden, inwieweit Familien mit Schulkindern weiter im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf untergebracht werden können, um Schulwechsel möglichst ganz zu vermeiden.

Der BVV ist bis zum 31.3.2017 zu berichten.

Begründung:

In der Flüchtlingsunterkunft Fehrbelliner Platz leben derzeit rund 990 Menschen (Kapazität 1150, belegt also rund 85 %), davon zahlreiche Schulkinder. Die Unterkunft soll in diesem Jahr leergezogen werden, wobei der konkrete Schließungstermin nicht feststeht, jedenfalls den dort lebenden Menschen und den dort tätigen Ehrenamtlichen nicht bekannt ist. Genannt wurde ihnen erst März, dann Juni 2017. Es besteht die Sorge, dass die dort lebenden Geflüchteten in Unterkünfte in andere (eventuell weit entfernte) Bezirke verlegt werden und die hier zur Schule gehenden Kinder während des laufenden Schuljahrs aus ihren Schulen gerissen werden. Dies sollte im Interesse der Kinder vermieden werden. Viele Schulkinder aus der Unterkunft Fehrbelliner Platz besuchen die Peter – Ustinov – Schule in der Kantstraße, die besondere Programme für Schulkinder aus Flüchtlingsfamilien durchführt, die gut laufen, jedoch immer auf ein ganzes Schuljahr angelegt sind. Um möglichst vielen Kindern einen Schulwechsel ganz zu ersparen, sollte auch geprüft werden, inwieweit Familien mit Schulkindern weiter im Bezirk CW untergebracht werden können, wenn die Unterkunft Fehrbelliner Platz schließt.

---

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Vandrey/Wapler

### **Erhaltung und Förderung ehrenamtlicher Strukturen in Charlottenburg Wilmersdorf**

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, ein Konzept zu entwickeln, um die im Bezirk Charlottenburg Wilmersdorf gewachsenen sehr guten ehrenamtlichen Strukturen zu erhalten, wenn die Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe weniger gebraucht werden, wenn die Notunterkünfte nach und nach schließen.

Der BVV ist bis zum 31.3.2017 zu berichten.

Begründung:

Die Flüchtlingsnotunterkünfte im Bezirk sollen nach und nach geschlossen werden, die Geflüchteten sollen in längerfristige Unterkünfte (Wohnungen, Gemeinschaftsunterkünfte) untergebracht werden. Noch in diesem Jahr soll die Unterkunft Fehrbelliner Platz (derzeit leben dort 990 Menschen) geschlossen werden, auch die Schließung der Notunterkunft ICC ist geplant (derzeit leben dort 440 Menschen). Dies ist im Interesse der Geflüchteten sehr zu begrüßen. Wichtig ist jedoch, die in Charlottenburg Wilmersdorf gewachsenen sehr guten und für andere Bezirke beispielhaften ehrenamtlichen Strukturen zu erhalten. Gemeinsam mit den engagierten Ehrenamtlichen, zum Beispiel dem Netzwerk, das rund um die Unterkunft Fehrbelliner Platz entstanden ist, aber auch gemeinsam mit den Flüchtlingsinitiativen und der BVV sollte ein Konzept entwickelt werden, die Ehrenamtsstrukturen zu erhalten und ggf. auf andere Bereiche zu übertragen, in denen Hilfe benötigt wird. Viele Ehrenamtliche engagieren sich bereits in den Gemeinschaftsunterkünften (zum Beispiel Eschenallee), es werden jedoch Kapazitäten frei werden, wenn die die Notunterkünfte geschlossen werden, die es zu erhalten gilt. Mit einem Konzept zur Ehrenarbeit im Bezirk sollte das wertvolle bürgerschaftliche Engagement langfristig erhalten und unterstützt werden.

---

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Vandrey/Wapler/Kaas Elias

### **Temporäre Dialogdisplays koordiniert einsetzen**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, eine Prioritätenliste für die Aufstellung der Dialogdisplays zur Geschwindigkeitsmessung zu erstellen und mit den zuständigen Ausschüssen abzustimmen. Dabei sind Schulstandorte bevorzugt zu beachten, besonders die Cecilien-Grundschule und die Paula-Fürst-Schule.

Ferner wird das Bezirksamt gebeten, sich für weitere Dialogdisplays für den Bezirk einzusetzen.

Der BVV ist bis zum 31.5.2017 zu berichten.

---

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Vandrey/Wapler/Drews

### **Nutzungskonzept Teufelsberg**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten in Zusammenarbeit mit den Berliner Forsten und den freien Trägern des Naturschutzes und der kulturellen Arbeit ein Nutzungskonzept zu erarbeiten, das den Bereich der Abhöranlage des Teufelsberges als Geschichts-Erinnerungs- und Naturort öffentlich zugänglich macht.

Dabei sind die Ergebnisse und Anregungen des Runden Tisches, der zu diesem Thema mehrfach in der letzten Wahlperiode tagte, mit einzubeziehen.

Der Bezirksverordnetenversammlung ist bis zum 30.4.2017 zu berichten.

---

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Vandrey/Wapler

### **Politische Bildung an die Schulen**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, zu prüfen, welche Maßnahmen seitens des Bezirks getroffen werden können, um mehr politische Bildung an unseren Schulen stattfinden zu lassen.

Der Bezirksverordnetenversammlung ist bis zum 30.4.2017 zu berichten.

Begründung:

Gerade im Vorfeld der Berliner Wahlen 2016 hat sich bei zahlreichen Veranstaltungen an Schulen gezeigt, dass viele Schüler\*innen an Politik, gerade in ihrem konkreten Lebensumfeld, durchaus Interesse haben. Über die Bezirkspolitik gibt es bei vielen Schüler\*innen aber kaum Kenntnisse. Das KJP leistet hier zwar schon gute Arbeit, darüber hinaus wäre jedoch ein stärkerer Austausch von Schulen und Politik wünschenswert. Auch durch die Landesebene soll die politische Bildung an Schulen gestärkt werden. Das Bezirksamt ist aufgefordert, dieses Ziel durch konkrete Maßnahmen im Bezirk zu unterstützen. Unter anderem sollte geprüft werden, ob Schüler\*innen zu Ausschusssitzungen eingeladen werden können (z. B., wenn es konkret um ihre Schule geht).

---

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Vandrey/ Wapler/ Gusy/Kaas Elias

### **Ausreichend Fahrradabstellanlagen an (Hoch-)Schulen einrichten**

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten zu prüfen, ob ausreichend Fahrradstellplätze an öffentlichen Schulen und an den Universitäten zur Verfügung stehen. Hierzu sollen die Schulen und Universitäten angeschrieben und befragt werden. Nach der Prüfung soll das Zwischenergebnis den zuständigen Ausschüssen der BVV und den schulischen Gremien des Bezirks zur Kenntnis gegeben werden.

Die Einrichtung von zusätzlichen Fahrrad-Stellplätzen soll anschließend in Absprache mit den jeweiligen Einrichtungen erfolgen.

Der BVV ist bis zum 30.6. 2017 zu berichten

---

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Vandrey/ Wapler/ Dr. Pöthe-Elevi

### **135 Jahre Bahnhof Charlottenburg**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass die Geschichte des Bahnhofs Charlottenburg an diesem sichtbar gemacht wird. In diesem Jahr wird der Bahnhof 135 Jahre alt (Eröffnung 7. Februar 1882).

Der BVV ist bis zum 30.4.2017 zu berichten.

Begründung

Die Eröffnung des Bahnhofs Charlottenburg hat maßgeblich zur rasanten Entwicklung der Stadt Charlottenburg im 19. Jahrhundert beigetragen. Die seitdem gut dokumentierte Geschichte des Bahnhofs ist nicht für die Bevölkerung des Bezirks interessant und identitätsstiftend. Für Zugezogene genauso wie Tourist\*innen kann die Abbildung der Geschichte des Ortes ein weiterer Anziehungspunkt im Bezirk werden.

---

Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Dr. Vandrey / Wapler/ Gusy

### **Kulturförderung für die Kudambühnen**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich beim Senat dafür einzusetzen, dass die Kudambühnen als Spielstätte gefördert werden.

Der BVV ist bis zum 31. April 2017 zu berichten.

Begründung:

Die Kudambühnen sind herausragende Kultureinrichtungen und beleben den Boulevard. Sie sorgen für einen Kontrapunkt zum Käuferlebnis und bereichern das kulturelle Leben in der City-West. Für einen langfristigen Betrieb am Kudamm wird das Theater zukünftig auf eine finanzielle Förderung des Landes Berlin angewiesen sein.

---

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Vandrey/Wapler/Wieland

### **Das Bürgeramt in den Wilmersdorfer Arcaden ausschildern**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, bei den Wilmersdorfer Arcaden darauf zu dringen, dass das

Bürgeramt in den Wilmersdorfer Arcaden ausreichend für Publikumsverkehr ausgeschildert wird. Dies betrifft sowohl die Erkennbarkeit von außen auf der Straße als auch die Ausschilderung unmittelbar hinter den beiden Haupteingängen und an den Treppen/Rolltreppen und Aufzügen, insbesondere für den Publikumsbereich im 4.OG. Der BVV ist bis zum 31.05.2017 zu berichten.

Begründung:

Das Bürgeramt in den Wilmersdorfer Arcaden ist aufgrund einer Ausschilderung nicht aufzufinden, insbesondere der im 4.OG befindliche Bereich.

Der sehr kleine und dezente Hinweis an der Außenfassade ist gegenüber den Werbetafeln nur nach intensiver Suche wahrzunehmen. Auch nach Betreten der Einkaufspassage durch einen der beiden Haupteingänge ist kein Hinweisschild zu erkennen. Selbst am Aufzug zum 4.OG ist weder im Erdgeschoss noch innerhalb des Aufzugs ein Hinweis vorhanden. Das Auffinden des Bürgeramts gelingt allein durch Auskünfte des freundlichen Verkaufspersonals der ansässigen Geschäfte.

---

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Dr. Vandrey/Wapler/Kaas Elias/Dr. Pöthe-Elevi

### **Standort für die Ausstellung „Flucht nach vorn“ in den Gebäuden des Bezirks**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, für die Ausstellung „Flucht nach vorn“ geeignete Räumlichkeiten bereit zu stellen, um diese in unserem Bezirk der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Der BVV ist bis zum 30. April 2017 zu berichten.

Begründung:

Die Ausstellung „Flucht nach vorn“ zeigt zehn Beispiele erfolgreicher Integration. Sie ist damit ein Beitrag, dass Integration erfolgreich sein kann. Zum einen kann dies der Öffentlichkeit vorgestellt werden und zum anderen können sich Geflüchtete hieran orientieren, was hier für sie möglich ist. Ein Ausstellungsort kann das Rathaus Charlottenburg oder das Haus Pangea sein.

---

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Dr. Vandrey/Wapler/Drews

### **Geschlechtergerechte Sprache in Anträgen und Anfragen**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, keine Anträge oder Anfragen mehr anzunehmen, in denen nicht die geschlechtergerechte Sprache angewandt wird.

Der Bezirksverordnetenversammlung ist bis zum 31.3.2017 zu berichten.

Begründung:

„Die sprachliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern ist zu beachten.“

(§ 2 Abs. 2 Satz 1 GGO I, Anhang 1 zur GGO II, Nr. 2 Satz 3)

Die Regelung der Gemeinsamen Geschäftsordnung für die Berliner Verwaltung (GGO) schreibt die sprachliche Gleichbehandlung als Pflicht für den amtlichen Sprachgebrauch im Land Berlin verbindlich fest. Abgeleitet ist sie vom Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes und der Berliner Verfassung.

Da die BVV ein Teil der Verwaltung ist, muss auch für Anträge und Anfragen dieser Grundsatz gelten.

---

2. Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Vandrey/Wapler

### **Flüchtlingssituation im Bezirk, insbesondere ICC und Fehrbelliner Platz**

1. Wann ist mit einem Leerzug der Notunterkunft ICC zu rechnen, wie ist die Situation der dort noch immer untergebrachten rund 440 Geflüchteten?
2. Wann ist mit einem Leerzug der Flüchtlingsunterkunft Fehrbelliner Platz zu rechnen, wie ist die Situation der dort noch immer untergebrachten rund 990 Geflüchteten?
3. Wie wird bei einem künftigen Leerzug der Unterkünfte ICC und Fehrbelliner Platz sichergestellt, dass die dort lebenden Schulkinder zumindest bis zum Ende des betreffenden Schuljahres ihre bisherigen Schulen weiter besuchen können?
4. Wie ist aktuell der Stand hinsichtlich der im Bezirk geplanten längerfristigen Flüchtlingsunterkünfte (insbesondere Olympiapark, Stadion Wilmersdorf, Mierendorffinsel); wieviele Geflüchtete aus den derzeitigen Notunterkünften des Bezirks können dort voraussichtlich untergebracht werden?
5. Wie möchte das BA dafür Sorge tragen, dass die im Bezirk gewachsenen sehr guten ehrenamtlichen Strukturen erhalten bleiben, wenn die Notunterkünfte geschlossen werden; gibt es hierzu konzeptionelle Überlegungen?